

583915-2026 - Wettbewerb

Deutschland – Kinder- und Jugendfürsorgeleistungen – Offene Jugendwerkstatt 2026

OJ S 162/2026 24/08/2026

Auftrags- oder Konzessionsbekanntmachung – Standardregelung

Dienstleistungen

1. Beschaffer

1.1. Beschaffer

Offizielle Bezeichnung: Landratsamt Bautzen

E-Mail: vergabe5@lra-bautzen.de

Rechtsform des Erwerbers: Lokale Gebietskörperschaft

Tätigkeit des öffentlichen Auftraggebers: Allgemeine öffentliche Verwaltung

2. Verfahren

2.1. Verfahren

Titel: Offene Jugendwerkstatt 2026

Beschreibung: Offene Jugendwerkstatt 2026

Kennung des Verfahrens: 01a01f22-7d32-4b77-9cd1-67c4851ca78c

Interne Kennung: 26 272 5

Verfahrensart: Offenes Verfahren

Das Verfahren wird beschleunigt: nein

2.1.1. Zweck

Art des Auftrags: Dienstleistungen

Haupteinstufung (cpv): 85311300 Kinder- und Jugendfürsorgeleistungen

2.1.2. Erfüllungsort

Stadt: Hoyerswerda

Postleitzahl: 02977

Land, Gliederung (NUTS): Bautzen (DED2C)

Land: Deutschland

2.1.4. Allgemeine Informationen

Zusätzliche Informationen: #Besonders geeignet für:selbst# Hinweis zur Einreichung von

Nebenangeboten: Nebenangebote sind nicht zugelassen Mit dem Angebot ist einzureichen: •

Angebotsschreiben • Leistungsbeschreibung • Vertrag • allgemeine Bieterdarstellung •

Referenzen und Erfahrungen des Bieters • Nachweis über Räumlichkeiten • Anlage E.1

Qualifizierung des einzusetzenden Personals • Formblatt „Abrechnung Fahrkosten Teilnehmer

“ – Formblatt „Praktikumsvertrag“ • Konzept • FB 124 - Eigenerklärung zur Eignung •

Eigenerklärung aufgrund Verordnung (EU) Nr. 833/2014 i.d.Fassung Art. 1 Ziff. 23 VO (EU)

2022/576 -Zertifikat für die Zulassung des Trägers Folgende Erklärungen werden Ihnen zur

Verfügung gestellt und sind dem Angebot im Bedarfsfall entsprechend der Aufforderung zur

Abgabe eines Angebots (FB 631) beizufügen: • FB 233 - Verzeichnis der

Nachunternehmerleistungen • FB 234 - Erklärung Bieter-/Arbeitsgemeinschaft • FB 235 -

Verzeichnis der Leistungen/Kapazitäten anderer Unternehmen • FB 236 -

Verpflichtungserklärung anderer Unternehmen • Anlage E.2 Gesamtübersicht Personaleinsatz

(nach Zuschlagserteilung, vor Maßnahmebeginn) Die Erklärung zur Bieter-/

Arbeitsgemeinschaft und zu den Leistungen/ Kapazitäten anderer Unternehmen sind soweit zutreffend mit dem Angebot einzureichen. Bei dem Einsatz von Nachunternehmen sind von diesem zusätzlich das FB 124 - Eigenerklärung zur Eignung bzw. deren Präqualifikation, die Eigenerklärung aufgrund Verordnung (EU) mit dem Angebot einzureichen. Bei Einsatz von Nachunternehmen ist deren Eignung/ Präqualifikation auf gesondertes Verlangen nachzuweisen. Bei dem Einsatz von Nachunternehmen sind von diesem zusätzlich das FB 124 - Eigenerklärung zur Eignung bzw. deren Präqualifikation, die Eigenerklärung aufgrund Verordnung (EU) mit dem Angebot einzureichen. Bei Einsatz von Nachunternehmen ist deren Eignung/ Präqualifikation auf gesondertes Verlangen nachzuweisen. Der Bieter hat zum Nachweis seiner Fachkunde folgende Angaben zu machen: 1. Anlage B "Allgemeine Bieterdarstellung": Angaben zum Unternehmen, zum Unternehmenssitz, zur Rechtsform, zur Gründung, Anzahl der Mitarbeiter, Angaben zur Qualifizierung der Mitarbeiter, Angaben zum Tätigkeitsschwerpunkt im Bereich der Aus- und Weiterbildung. 2. Anlage C "Referenzen und Erfahrungen des Bieters". 3. Anlage D "Nachweis über Räumlichkeiten" in Bezug auf etwaige ausgeschriebene/ laufende Maßnahmen. 4. Anlage E.1 "Qualifizierung des einzusetzenden Personals": Beruflicher Abschluss/ Qualifizierung, Einsatz, pädagogische Eignung, Berufserfahrungen, geplanter Stundeneinsatz. Mit dem Angebot sind ein Maßnahmenkonzept, Anlage B "Allgemeine Bieterdarstellung", Anlage C "Referenzen und Erfahrungen des Bieters", Anlage D "Nachweis über Räumlichkeiten", Anlage E.1 "Qualifizierung des einzusetzenden Personals" einzureichen. Anlage E.2 „Gesamtübersicht Personaleinsatz“ ist nach Zuschlagserteilung, i.d.R. 4 Wochen spätestens jedoch 2 Wochen vor Maßnahmebeginn nachzuweisen. Die Erklärung zur Bieter-/ Arbeitsgemeinschaft und zu den Leistungen/ Kapazitäten anderer Unternehmen sind soweit zutreffend mit dem Angebot einzureichen. Hinweis zum Formblatt 124_LD: Nicht präqualifizierte Unternehmen haben als vorläufigen Nachweis der Eignung mit dem Angebot das ausgefüllte Formblatt 124_LD „Eigenerklärung zur Eignung“ vorzulegen. Bei Einsatz von Nachunternehmen sind auf gesondertes Verlangen die Eigenerklärungen auch für diese abzugeben. Sind die Nachunternehmen präqualifiziert, reicht die Angabe der Nummer, unter der diese im Präqualifikationsverzeichnis (s.o.) geführt werden. Gelangt das Angebot in die engere Wahl, sind die Eigenerklärungen (auch die der Nachunternehmen) auf gesondertes Verlangen durch Vorlage der in der „Eigenerklärung zur Eignung“ genannten Bescheinigungen zuständiger Stellen zu bestätigen. Bescheinigungen, die nicht in deutscher Sprache abgefasst sind, ist eine Übersetzung in die deutsche Sprache beizufügen. Das Formblatt „Eigenerklärungen zur Eignung“ ist erhältlich: Siehe Vergabeunterlagen; zu beachten: Der Bieter hat zum Nachweis seiner Fachkunde, Leistungsfähigkeit u. Zuverlässigkeit mit Angebotsabgabe die Eigenerklärung zur Eignung mit folgenden Angaben einzureichen: Umsätze des Unternehmens aus letzten 3 abgeschlossenen Geschäftsjahren, soweit sie vergleichbare Leistungen betreffen, die mit der zu vergebenden Leistung vergleichbar sind unter Einschluss des Anteils bei gemeinsam mit anderen Unternehmen ausgeführten Leistungen; Angaben zu Leistungen, die mit der zu vergebenden Leistung vergleichbar sind (mind. 3 Referenzen aus letzten 3 Kalenderjahren); Angaben zu Arbeitskräften; Angaben zur Eintragung in das Berufsregister; Angabe Insolvenzverfahren und Liquidation; Angabe, dass nachweislich keine schwere Verfehlung begangen wurde, die die Zuverlässigkeit als Bewerber in Frage stellt; Angaben zur Zahlung von Steuern, Abgaben u. Beiträgen zur gesetzlichen Sozialversicherung; Angaben zur Mitgliedschaft bei der Berufsgenossenschaft. Der Nachweis der Eignung kann auch mittels Präqualifikationsnachweis geführt werden. Bei Einsatz von Nachunternehmen ist auf gesondertes Verlangen nachzuweisen, dass diese präqualifiziert sind oder die Voraussetzung für die Präqualifikation erfüllen. Im Rahmen der Wertung der Angebote findet eine Prüfung der Eignung der Bieter hinsichtlich der Fachkunde, Leistungsfähigkeit und Zuverlässigkeit entsprechend der hierfür vorgelegten Nachweise sowie eine Prüfung des Angebotspreises

statt. Die Bewertung der Qualitätskriterien wird anhand der Bewertungsmatrix der Leistung vorgenommen. In dieser werden 10 Einzelkriterien innerhalb von drei unterschiedlich gewichteten Wertungsbereichen zusammengefasst. Die Leistungspunkte werden durch eine Bewertung der Qualität mittels der einzelnen Wertungskriterien und deren Gewichtung realisiert. Die Ermittlung des wirtschaftlichsten Angebots erfolgt mittels der Erweiterten Richtwertmethode nach UfAB 2018, wie in der Bewertungsmatrix - Erweiterte Richtwertmethode nach UfAB 2018 dargestellt. Hierbei ist für die abschließende Bewertung das Entscheidungskriterium „Leistung“ der Bewertungsmatrix der Leistung maßgeblich. Zunächst werden die ermittelten Leistungspunkte mit dem ermittelten Preis aller wertbaren Angebote ins Verhältnis gesetzt und die daraus resultierende Kennzahl für jedes dieser Angebote entsprechend skaliert. Im Anschluss daran findet eine Prüfung der Angebote nach einem Schwankungsbereich – ausgehend von der Kennzahl des bis dahin führenden Angebots – von 15 % statt. Hierbei werden die ermittelten Leistungspunkte und die ermittelten Preise derjenigen Angebote erfasst, welche sich im errechneten Schwankungsbereich befinden. Abschließend erfolgt die Ermittlung des wirtschaftlichsten dieser Angebote nach dem festgelegten Entscheidungskriterium „Leistung“. Sollten hierbei zwei oder mehrere Bieter den gleichen Leistungspunktwert erreichen, erfolgt die Zuschlagserteilung auf das preislich günstigere Angebot. Die einzelnen Unterkriterien und deren Gewichtung ergeben sich aus den Bewerberbedingungen und der den Vergabeunterlagen beigefügten Matrix.

Rechtsgrundlage:

Richtlinie 2014/24/EU

vgv -

Anzuwendende grenzübergreifende Rechtsvorschrift: Erklärung, dass keine Ausschlussgründe nach §§ 123, 124 GWB, § 48 VgV vorliegen.

2.1.6. Ausschlussgründe

Quellen der Ausschlussgründe: Bekanntmachung

Korruption: Erklärung, dass keine Ausschlussgründe nach §§ 123, 124 GWB, § 48 VgV vorliegen.

Betrug: Erklärung, dass keine Ausschlussgründe nach §§ 123, 124 GWB, § 48 VgV vorliegen.

Beteiligung an einer kriminellen Vereinigung: Erklärung, dass keine Ausschlussgründe nach §§ 123, 124 GWB, § 48 VgV vorliegen.

Terroristische Straftaten oder Straftaten im Zusammenhang mit terroristischen Aktivitäten: Erklärung, dass keine Ausschlussgründe nach §§ 123, 124 GWB, § 48 VgV vorliegen.

Einstellung der gewerblichen Tätigkeit: Erklärung, dass keine Ausschlussgründe nach §§ 123, 124 GWB, § 48 VgV vorliegen.

Geldwäsche oder Terrorismusfinanzierung: Erklärung, dass keine Ausschlussgründe nach §§ 123, 124 GWB, § 48 VgV vorliegen.

Verwaltung der Vermögenswerte durch einen Insolvenzverwalter: Erklärung, dass keine Ausschlussgründe nach §§ 123, 124 GWB, § 48 VgV vorliegen.

Interessenkonflikt aufgrund seiner Teilnahme an dem Vergabeverfahren: Erklärung, dass keine Ausschlussgründe nach §§ 123, 124 GWB, § 48 VgV vorliegen.

Vorzeitige Beendigung, Schadensersatz oder andere vergleichbare Sanktionen: Erklärung, dass keine Ausschlussgründe nach §§ 123, 124 GWB, § 48 VgV vorliegen.

Kinderarbeit und andere Formen des Menschenhandels: Erklärung, dass keine Ausschlussgründe nach §§ 123, 124 GWB, § 48 VgV vorliegen.

Der Zahlungsunfähigkeit vergleichbare Lage gemäß nationaler Rechtsvorschriften: Erklärung, dass keine Ausschlussgründe nach §§ 123, 124 GWB, § 48 VgV vorliegen.

Verstoß gegen die in den rein innerstaatlichen Ausschlussgründen verankerten Verpflichtungen: Erklärung, dass keine Ausschlussgründe nach §§ 123, 124 GWB, § 48 VgV vorliegen.

Schwerwiegendes berufliches Fehlverhalten: Erklärung, dass keine Ausschlussgründe nach §§ 123, 124 GWB, § 48 VgV vorliegen.

Täuschung, Zurückhaltung von Informationen, Unfähigkeit zur Vorlage erforderlicher Unterlagen oder Erlangung vertraulicher Informationen zu dem Verfahren: Erklärung, dass keine Ausschlussgründe nach §§ 123, 124 GWB, § 48 VgV vorliegen.

Verstoß gegen arbeitsrechtliche Verpflichtungen: Erklärung, dass keine Ausschlussgründe nach §§ 123, 124 GWB, § 48 VgV vorliegen.

Verstoß gegen sozialrechtliche Verpflichtungen: Erklärung, dass keine Ausschlussgründe nach §§ 123, 124 GWB, § 48 VgV vorliegen.

Zahlungsunfähigkeit: Erklärung, dass keine Ausschlussgründe nach §§ 123, 124 GWB, § 48 VgV vorliegen.

Verstoß gegen umweltrechtliche Verpflichtungen: Erklärung, dass keine Ausschlussgründe nach §§ 123, 124 GWB, § 48 VgV vorliegen.

Verstoß gegen die Verpflichtung zur Entrichtung von Sozialversicherungsbeiträgen: Erklärung, dass keine Ausschlussgründe nach §§ 123, 124 GWB, § 48 VgV vorliegen.

Verstoß gegen die Verpflichtung zur Entrichtung von Steuern: Erklärung, dass keine Ausschlussgründe nach §§ 123, 124 GWB, § 48 VgV vorliegen.

Direkte oder indirekte Beteiligung an der Vorbereitung des Vergabeverfahrens: Erklärung, dass keine Ausschlussgründe nach §§ 123, 124 GWB, § 48 VgV vorliegen.

Vereinbarungen mit anderen Wirtschaftsteilnehmern zur Verzerrung des Wettbewerbs: Erklärung, dass keine Ausschlussgründe nach §§ 123, 124 GWB, § 48 VgV vorliegen.

5. Los

5.1. Los: LOT-0001

Titel: Offene Jugendwerkstatt gemäß § 16 Absatz 1 Satz 2 Nr. 2 i. V. m. § 16 h SGB II i.V.m § 45 Absatz 1 Nr. 1 SGB III i.V.m. § 13 SGB VIII für Hoyerswerda

Beschreibung: Offene Jugendwerkstatt gemäß § 16 Absatz 1 Satz 2 Nr. 2 i. V. m. § 16 h SGB II i.V.m § 45 Absatz 1 Nr. 1 SGB III i.V.m. § 13 SGB VIII: Leistungsgegenstand ist die Konzeption und Durchführung einer Maßnahme welche sich aus 85 %

Eingliederungsleistungen nach § 16 Abs. 1 Satz 2 Nr. 2 SGB II i. V. m. § 45 Abs. 1 Nr. 1 SGB III und 15 % Leistungen der Jugendberufshilfe nach § 13 SGB VIII zusammensetzt. Die Anerkennung des Auftragnehmers als Träger der freien Jugendhilfe nach § 75 SGB VIII wird vorausgesetzt. Die Offene Jugendwerkstatt soll junge Menschen, die zum Ausgleich sozialer Benachteiligungen oder zur Überwindung individueller Beeinträchtigungen in erhöhtem Maße auf Unterstützung angewiesen sind, langfristig an den Ausbildungs- und Arbeitsmarkt heranführen. Ressourcen sollen erkannt und gestärkt, vorhandene Hemmnisse verringert bzw. beseitigt und Kompetenzen erworben werden, um die Teilnehmer auf berufliche Folgemaßnahmen oder die Vermittlung in Ausbildung/ Arbeit vorzubereiten. Die berufliche Integration ist ein Fernziel, auf das zielgerichtet und konsequent zugearbeitet werden soll. Die Teilnehmer sollen einen leichten Zugang zum Angebot der Offenen Jugendwerkstatt haben. Es wird ein niedrigschwelliger Ansatz verfolgt. Die sozialpädagogische Arbeit mit den Teilnehmern bildet einen Schwerpunkt. Aufsuchende Arbeit steht bei Bedarf sowohl beim leichten Zugang zum Angebot der Offenen Jugendwerkstatt, als auch während der Teilnahme an der Offenen Jugendwerkstatt im Fokus. Die Ziele der Maßnahme sind individuell im Rahmen der Hilfeplanung zu vereinbaren. Wesentliche mittel- und langfristige Ziele sind: Entwicklung von Zuverlässigkeit und Durchhaltevermögen; Entwicklung und Festigung einer

Tagesstruktur; Stärkung der Persönlichkeit; Übernahme und Stärkung von Eigenverantwortung; soziale, gesellschaftliche und kulturelle Integration; Steigerung der Belastbarkeit; Aufbau und Festigung einer Lern- und Arbeitsmotivation; bei Bedarf Entwicklung von Motivation zur Teilnahme am Angebot der Offenen Jugendwerkstatt mittels aufsuchender Arbeit. Bei minderjährigen Teilnehmern werden die Sorgeberechtigten in die Hilfeplanung intensiv mit einbezogen, um so eine ganzheitliche Unterstützung des Entwicklungsprozesses der Teilnehmer zu fördern. Die Maßnahme ersetzt bzw. kompensiert nicht die allgemeine Schulpflicht der jungen Menschen. Zielgruppe: Die Offene Jugendwerkstatt richtet sich an benachteiligte Jugendliche und junge Erwachsene ab 15 Jahren bis zur Vollendung des 27. Lebensjahres, mit komplexen Problemlagen und einer häufig instabilen persönlichen Situation. Zur Zielgruppe gehören auch Jugendliche und junge Erwachsene mit Migrationshintergrund. Hier liegen zum einen Sprachbarrieren und viele Unsicherheiten bezüglich des Lebens, Arbeitens und des Ausbildungssystems in Deutschland vor, zum anderen gilt es aber auch Fluchterfahrungen zu be- und verarbeiten. Zielgruppe können auch erwerbsfähige, hilfebedürftige junge Menschen im SGB II-Leistungsbezug sein, die ihren Meldepflichten und Beratungsterminen in der Eingliederung des Jobcenters nicht nachkommen und sich der Zusammenarbeit mit dem Fallmanager entziehen. In die offene Jugendwerkstatt können auch Teilnehmer integriert werden, die keine Leistungen nach SGB II beantragt haben, wenn die Voraussetzungen der Leistungsberechtigung mit hinreichender Wahrscheinlichkeit vorliegen. Maßnahmeort ist Hoyerswerda. Als zusätzliche Maßnahmeorte gelten aufgrund der aufsuchenden Hilfen die Aufenthaltsorte der Teilnehmer, i. d. R. Wohnsitz, der gewöhnliche und/oder der tatsächliche Aufenthalt sowie bei Bedarf auch Orte, an denen sozialpädagogische Begleitung und Unterstützung erfolgt, z. B. Beratungsstellen, Behörden und sonstige Netzwerkpartner. Personalschlüssel: Sozialpädagoge: 1,75 VzÄ; Anleiter d. Maßnahme: 1 VzÄ. Der im Personalschlüssel abgebildete Wert „1“ entspricht einer wöchentlichen Arbeitszeit von 40 Stunden. Die Maßnahme ist für insgesamt 12 Teilnehmerplätze zu konzipieren. Die Wochenstundenzahl der Teilnehmer beträgt maximal 20 Stunden. Alle weiteren Einzelheiten entnehmen Sie bitte den beigefügten Verdingungsunterlagen.
Interne Kennung: LOT-0001

5.1.1. Zweck

Art des Auftrags: Dienstleistungen

Haupteinstufung (cpv): 85311300 Kinder- und Jugendfürsorgeleistungen

Optionen:

Beschreibung der Optionen: 1. Option: 01.01.2028 – 31.12.2028, 2. Option: 01.01.2029 – 31.12.2029. Die Maßnahme und die beiden Optionen haben jeweils eine Laufzeit von 12 Monaten.

5.1.2. Erfüllungsort

Stadt: Hoyerswerda

Postleitzahl: 02977

Land, Gliederung (NUTS): Bautzen (DED2C)

Land: Deutschland

5.1.3. Geschätzte Dauer

Datum des Beginns: 01/01/2027

Enddatum der Laufzeit: 31/12/2027

5.1.4. Verlängerung

Maximale Verlängerungen: 2

Weitere Informationen zur Verlängerung: Der Vertrag verlängert sich einmalig um die Dauer der Vertragslaufzeit, wenn die Auftraggeber die Verlängerung spätestens 2 Monate vor Ablauf der Vertragslaufzeit gegenüber dem Auftragnehmer schriftlich erklären. Im Verlängerungszeitraum sind vom Auftragnehmer dieselben Leistungen zu gleichen Konditionen wie im Angebotsschreiben zu erbringen. Der Vertrag kann sich ein zweites Mal um die Dauer der Vertragslaufzeit verlängern, wenn die Auftraggeber die Verlängerung spätestens bis zum 31.10.2028 gegenüber dem Auftragnehmer schriftlich erklären. Es besteht auch die Möglichkeit, die erste Option der Vertragsverlängerung nicht in Anspruch zu nehmen, aber die zweite Option zu ziehen. In diesem Fall muss dies ebenso bis zum 31.10.2028 schriftlich gegenüber dem Auftragnehmer erklärt werden. Die Nutzung/ Nichtnutzung der Verlängerungsoption durch die Auftraggeber ist an keinerlei Bedingungen und Voraussetzungen geknüpft. Es bedarf hierzu keiner Begründung.

5.1.6. Allgemeine Informationen

Vorbehaltene Teilnahme:

Teilnahme ist nicht vorbehalten.

Die Namen und beruflichen Qualifikationen des zur Auftragsausführung eingesetzten Personals sind anzugeben: Noch nicht bekannt

Auftragsvergabeprojekt nicht aus EU-Mitteln finanziert

Die Beschaffung fällt unter das Übereinkommen über das öffentliche Beschaffungswesen: nein

Diese Auftragsvergabe ist auch für kleine und mittlere Unternehmen (KMU) geeignet: nein

5.1.7. Strategische Auftragsvergabe

Ziel der strategischen Auftragsvergabe: Keine strategische Beschaffung

5.1.9. Eignungskriterien

Quellen der Eignungskriterien: Bekanntmachung

Kriterium: Andere wirtschaftliche oder finanzielle Anforderungen

Beschreibung des Eignungskriteriums: Der Bieter muss über die erforderlichen wirtschaftlichen und finanziellen Kapazitäten für die Ausführung des Auftrags verfügen, insbesondere über einen bestimmten Mindestjahresumsatz, einschließlich eines bestimmten Mindestjahresumsatzes im vakanten Tätigkeitsbereich. Auf gesondertes Verlangen ist eine Erklärung über den Gesamtumsatz und gegebenenfalls den Umsatz in dem Tätigkeitsbereich des vakanten Auftrags; für die letzten 3 Geschäftsjahre nachzuweisen. Ebenfalls kann der Nachweis/Abschluss einer Berufs- oder Betriebshaftpflichtversicherung in geeigneter Höhe verlangt werden

5.1.10. Zuschlagskriterien

Kriterium:

Art: Qualität

Beschreibung: Die Ermittlung des wirtschaftlichsten Angebots erfolgt mittels der Erweiterten Richtwertmethode nach UfAB 2018, wie in der Matrix dargestellt. Dabei wird die Leistung in drei Wertungsbereiche eingeteilt. Diese fließen zu folgenden Anteilen in die

Leistungsbewertung ein: 1. Wertungsbereich - Inhalt, Methode, Strategie zu 40 %; 2.

Wertungsbereich - personelle und sächliche Ressourcen zu 35 % und 3. Wertungsbereich -

Trägerkriterien zu 25 %. Die einzelnen Unterkriterien und deren Gewichtung ergeben sich aus den Bewerberbedingungen und der den Vergabeunterlagen beigefügten Matrix.

Beschreibung der anzuwendenden Methode, wenn die Gewichtung nicht durch Kriterien ausgedrückt werden kann: Die Ermittlung des wirtschaftlichsten Angebots erfolgt mittels der Erweiterten Richtwertmethode nach UfAB 2018, wie in der Bewertungsmatrix - Erweiterte Richtwertmethode nach UfAB 2018 dargestellt. Hierbei ist für die abschließende Bewertung

das Entscheidungskriterium „Leistung“ der Bewertungsmatrix der Leistung maßgeblich. Zunächst werden die ermittelten Leistungspunkte mit dem ermittelten Preis aller wertbaren Angebote ins Verhältnis gesetzt und die daraus resultierende Kennzahl für jedes dieser Angebote entsprechend skaliert. Im Anschluss daran findet eine Prüfung der Angebote nach einem Schwankungsbereich – ausgehend von der Kennzahl des bis dahin führenden Angebots – von 15 % statt. Hierbei werden die ermittelten Leistungspunkte und die ermittelten Preise derjenigen Angebote erfasst, welche sich im errechneten Schwankungsbereich befinden. Abschließend erfolgt die Ermittlung des wirtschaftlichsten dieser Angebote nach dem festgelegten Entscheidungskriterium „Leistung“.

5.1.11. Auftragsunterlagen

Sprachen, in denen die Auftragsunterlagen offiziell verfügbar sind: Deutsch

Sprachen, in denen die Auftragsunterlagen (oder Teile davon) offiziell verfügbar sind: Deutsch

Internetadresse der Auftragsunterlagen: <https://www.evergabe.de/unterlagen/01a01f22-7d32-4b77-9cd1-67c4851ca78c/zustellweg-auswaehlen>

5.1.12. Bedingungen für die Auftragsvergabe

Bedingungen für die Einreichung:

Elektronische Einreichung: Erforderlich

Adresse für die Einreichung: <https://www.evergabe.de/unterlagen/01a01f22-7d32-4b77-9cd1-67c4851ca78c/zustellweg-auswaehlen>

Sprachen, in denen Angebote oder Teilnahmeanträge eingereicht werden können: Deutsch

Elektronischer Katalog: Nicht zulässig

Varianten: Nicht zulässig

Die Bieter können mehrere Angebote einreichen: Zulässig

Frist für den Eingang der Angebote: 22/09/2026 10:00:00 (UTC+02:00) Osteuropäische Zeit, Mitteleuropäische Sommerzeit

Dauer, während der das Angebot gültig bleiben muss: 59 Tage

Informationen, die nach Ablauf der Einreichungsfrist ergänzt werden können:

Nach Ermessen des Käufers können einige fehlenden Bieterunterlagen nach Fristablauf nachgereicht werden.

Zusätzliche Informationen: Eine Nachforderung von Unterlagen erfolgt im Rahmen von § 56 VgV. Eine Nachforderung des Angebotsschreibens sowie Teilen davon und/ oder des Leistungsverzeichnisses sowie Teilen davon erfolgt nicht. Eine Nachforderung fehlender Preisangaben bleibt hiervon unberührt.

Informationen über die öffentliche Angebotsöffnung:

Eröffnungstermin: 22/09/2026 10:00:00 (UTC+02:00) Osteuropäische Zeit, Mitteleuropäische Sommerzeit

Ort des Eröffnungstermins: LRA Bautzen

Eröffnungstermin — Beschreibung: digital, über die Vergabepattform

Auftragsbedingungen:

Die Auftragsausführung muss im Rahmen von Programmen für geschützte

Beschäftigungsverhältnisse erfolgen: Nein

Bedingungen für die Ausführung des Auftrags: Personalschlüssel: Sozialpädagoge

/Sozialpädagogin für Maßnahme = 1,75 VzÄ; Anleiter/in für Maßnahme = 1 VzÄ. Der im

Personalschlüssel abgebildete Wert „1“ entspricht einer wöchentlichen Arbeitszeit von 40

Stunden. Als Mindeststandard beim Sozialpädagogen wird ein abgeschlossenes Studium der

Sozialpädagogik/ Sozialen Arbeit (Diplom, Bachelor oder Master) erwartet. Pädagogen

(Diplom, Magister Artium, Bachelor, Master) mit den Ergänzungsfächern bzw.

Studienschwerpunkten Sozialpädagogik oder Jugendhilfe werden ebenfalls zugelassen.

Pädagogen ohne die genannten Ergänzungsfächer müssen innerhalb der letzten 5 Jahre mindestens eine einjährige Berufserfahrung mit der Zielgruppe nachweisen. Dieser Mindeststandard wird für 0,75 VzÄ in der Maßnahme vorgegeben. Darüber hinaus liegt die Aufteilung der restlichen 1,0 VzÄ in der konzeptionellen Entscheidungsfreiheit des Auftragnehmers. Genaueres dazu in der Leistungsbeschreibung
Es ist eine Geheimhaltungsvereinbarung erforderlich: nein
Elektronische Rechnungsstellung: Erforderlich
Aufträge werden elektronisch erteilt: nein
Zahlungen werden elektronisch geleistet: ja
Finanzielle Vereinbarung: gemäß VOL/B und Vertragsunterlagen

5.1.15. Techniken

Rahmenvereinbarung:

Keine Rahmenvereinbarung

Informationen über das dynamische Beschaffungssystem:

Kein dynamisches Beschaffungssystem

5.1.16. Weitere Informationen, Schlichtung und Nachprüfung

Überprüfungsstelle: 1. Vergabekammer des Freistaates Sachsen bei der Landesdirektion Sachsen

Informationen über die Überprüfungsfristen: Der Auftraggeber weist darauf hin, dass ein Nachprüfungsverfahren nach § 160 Abs. 3 GWB unzulässig ist, soweit: 1) der Antragsteller den geltend gemachten Verstoß gegen Vergabevorschriften vor Einreichen des Nachprüfungsantrags erkannt und gegenüber dem Auftraggeber nicht innerhalb einer Frist von 10 Kalendertagen gerügt hat; der Ablauf der Frist nach § 134 Absatz 2 bleibt unberührt, 2) Verstöße gegen Vergabevorschriften, die aufgrund der Bekanntmachung erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der in der Bekanntmachung benannten Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden, 3) Verstöße gegen Vergabevorschriften, die erst in den Vergabeunterlagen erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden, 4) mehr als 15 Kalendertage nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind.

Organisation, die zusätzliche Informationen über das Vergabeverfahren bereitstellt:

Landratsamt Bautzen

Organisation, die einen Offline-Zugang zu den Vergabeunterlagen bereitstellt: Landratsamt Bautzen

Organisation, die weitere Informationen für die Nachprüfungsverfahren bereitstellt:

Landratsamt Bautzen

8. Organisationen

8.1. ORG-0001

Offizielle Bezeichnung: Landratsamt Bautzen

Registrierungsnummer: 14625-LK01-63

Postanschrift: Bahnhofstraße 9

Stadt: Bautzen

Postleitzahl: 02625

Land, Gliederung (NUTS): Bautzen (DED2C)

Land: Deutschland

Kontaktperson: Landratsamt Bautzen, Zentrale Vergabestelle

E-Mail: vergabe5@lra-bautzen.de

Telefon: +49 3591 5251 23313

Fax: +49 3591 5250 23313

Rollen dieser Organisation:

Beschaffer

Organisation, die zusätzliche Informationen über das Vergabeverfahren bereitstellt

Organisation, die einen Offline-Zugang zu den Vergabeunterlagen bereitstellt

Organisation, die weitere Informationen für die Nachprüfungsverfahren bereitstellt

8.1. ORG-0002

Offizielle Bezeichnung: 1. Vergabekammer des Freistaates Sachsen bei der Landesdirektion Sachsen

Registrierungsnummer: entfällt

Postanschrift: Braustraße 2

Stadt: Leipzig

Postleitzahl: 04107

Land, Gliederung (NUTS): Leipzig (DED52)

Land: Deutschland

E-Mail: vergabekammer@lds.sachsen.de

Telefon: +49 3419773800

Fax: +49 3419771049

Rollen dieser Organisation:

Überprüfungsstelle

8.1. ORG-0003

Offizielle Bezeichnung: Datenservice Öffentlicher Einkauf (in Verantwortung des Beschaffungsamts des BMI)

Registrierungsnummer: 0204:994-DOEVD-83

Stadt: Bonn

Postleitzahl: 53119

Land, Gliederung (NUTS): Bonn, Kreisfreie Stadt (DEA22)

Land: Deutschland

E-Mail: noreply.esender_hub@bescha.bund.de

Telefon: +49228996100

Rollen dieser Organisation:

TED eSender

Informationen zur Bekanntmachung

Kennung/Fassung der Bekanntmachung: 01a01f24-26c6-43fc-9e60-21014fb64ea0 - 01

Formulartyp: Wettbewerb

Art der Bekanntmachung: Auftrags- oder Konzessionsbekanntmachung – Standardregelung

Unterart der Bekanntmachung: 16

Datum der Übermittlung der Bekanntmachung: 21/08/2026 12:19:05 (UTC+02:00)

Osteuropäische Zeit, Mitteleuropäische Sommerzeit

Sprachen, in denen diese Bekanntmachung offiziell verfügbar ist: Deutsch

Veröffentlichungsnummer der Bekanntmachung: 583915-2026

ABl. S – Nummer der Ausgabe: 162/2026

Datum der Veröffentlichung: 24/08/2026